

## Der Wiederzusammentritt des Abgeordneten- hauses.

Wien, 28. September.

Die parlamentarische Situation wird durch die Ereignisse in Bulgarien beeinflusst. Die innerpolitischen Notwendigkeiten sind gegenüber den auswärtigen Ereignissen momentan in den Hintergrund getreten. Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten und der deutschen Delegierten mit dem Minister des Aeußern haben bisher nur ein unvollständiges Tatsachenmaterial ergeben. Die Konsequenzen aus diesen Ereignissen für die innere Politik sind noch nicht sichtbar. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat die Absicht, am Beginn der ersten Sitzung in einer umfangreichen Erklärung, die zum Teile auch im Namen des Ministers des Aeußern Grafen Burian abgegeben wird, die Pläne der Regierung für die Weiterentwicklung der innerpolitischen Situation vorzulegen. Aus den bisherigen Äußerungen des Ministerpräsidenten weiß man nur, daß eine Verfassungsreform geplant ist und daß sich Freiherr v. Hussarek mit dem Gedanken trägt, diese Verfassungsreform mit einem Konzentrationsministerium durchzuführen. Beide Absichten sind nicht neu und wurden auch bereits von den Amtsvorgängern des Freiherrn v. Hussarek vergeblich durchzuführen versucht. Speziell die Idee eines Konzentrationsministeriums wird so ziemlich von allen Parteien abgelehnt. Freiherr v. Hussarek wird sich in seiner Erklärung auch über die bosnisch-herzegowinische Frage äußern. Diesem Passus der Erklärung des Ministerpräsidenten wird mit allgemeinem Interesse entgegengeesehen, da es bekannt ist, daß die österreichische Regierung mit den ungarischen Vorschlägen über Bosnien und die Herzegowina keinesfalls einverstanden ist. Die bevorstehende Erklärung des Ministerpräsidenten wird zweifellos eine große politische Debatte im Abgeordnetenhaus hervorrufen, die mindestens eine Woche in Anspruch nehmen wird.

An die politische Debatte sollen sich programmgemäß die Verhandlungen des Plenums über die Steuervorlagen der Regierung schließen. Der Finanzausschuß ist für Montag einberufen, um den Rest der bisher eingebrachten Steuervorlagen zu erledigen. Bevor das Plenum des Abgeordnetenhauses in die Steuerberatung eintritt, wird Finanzminister Freiherr v. Wimmer dem Hause Auskunft über die weiteren Steuerpläne der Regierung geben. Der Finanzminister hat diese Zusage dem Finanzausschuß gemacht. Der Finanzausschuß hat in seinen letzten Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß die zur Deckung des laufenden zweimilliardendefizits im Staatshaushalte notwendigen Steuern planmäßig und in einem Zuge gemacht werden müssen. Was dem Abgeordnetenhaus bisher vorliegt, ist nur ein Teil der notwendigen Steuern. Die restlichen Vorlagen sollen erst Ende Oktober oder Anfang November dem Hause zugehen. Zwischen dem Finanzminister und dem Finanzausschuß bestand insofern ein Gegensatz, als der Finanzminister die bisher eingebrachten Steuervorlagen bis längstens Ende Oktober verabschiedet haben will, während der Finanzausschuß und die Parteien vor der Erledigung der bisher eingebrachten Steuervorlagen auch Kenntnis von den weiteren Steuerplänen der Regierung haben wollen. Der Finanzausschuß hat sich bei seinen letzten Verhandlungen für einen Finanzplan ausgesprochen. Es hatte den Anschein, als ob der Finanzminister nicht abgeneigt wäre, diesem Wunsch Rechnung zu tragen. Jedenfalls zeigen die Parteien in der Steuerfrage eine reservierte Haltung, solange die weiteren Absichten der Regierung nicht bekannt sind.

Die Stimmung der Parteien ist momentan mehr denn je von den auswärtigen Ereignissen beeinflusst. Die ersten Nachrichten über die Vorgänge in Bulgarien haben bei den deutschen Parteien Besorgnisse erregt, die jedoch durch die Erklärung des Ministers des Aeußern Grafen Burian an die deutschen Delegierten gemildert wurden. Graf Burian hat ausdrücklich betont, daß die Einhaltung der Bündnispflicht bezüglich Deutschlands für die Monarchie über jeden Zweifel stehe. Mißtrauisch verhalten sich die deutschen Parteien gegenüber den angeblichen Plänen einer Verfassungsreform, die jetzt in Verbindung mit den auswärtigen Ereignissen mit einer gewissen Tendenz verbreitet werden. Sicher ist, daß alle Versuche, eine Verfassungsreform im föderalistischen Sinne durchzuführen, bei den deutschen Parteien die schroffste Ablehnung erfahren müßten. Auf die Tschechen haben die aus Bulgarien kommenden Nachrichten geradezu alarmierend gewirkt. Aus den Äußerungen tschechischer Abgeordneter geht hervor, daß die tschechischen Parteien sich gegenüber allen Vorgängen in Oesterreich als völlig desinteressiert erklären. Die tschechischen Parteien stehen vollkommen abseits. Eine ähnliche Stimmung mach

sich bei den Südslawen geltend, die außerdem noch durch die ungarischen Pläne über Bosnien und die Herzegowina verstimmt sind. Die Polen sind die kühlen Rechner geblieben, die sie bisher waren. Das Präsidium des Polenklubs hat heute mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek über die Landespostulate für Galizien verhandelt. Der Polenklub macht seine Haltung bei den Abstimmungen von dem Entgegenkommen der Regierung zu diesen Landespostulaten abhängig. Das Abgeordnetenhaus tritt am Dienstag in einem Augenblick zusammen, in dem sich wichtige weltgeschichtliche Ereignisse vollziehen. Der österreichische Reichsrat steht vor Aufgaben, die für die Zukunft des Staates von entscheidender Bedeutung sind.

### Besprechungen beim Ministerpräsidenten.

Abg. Tenzel hatte heute nachmittag eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek, bei der die inner- und außenpolitischen Ereignisse, die bevorstehende Tagung des Abgeordnetenhauses und die Auffassungen über die Bildung eines Koalitionskabinetts erörtert wurden.

Gleichfalls nachmittags erschien unter der Führung seines Obmannes Dr. Tertul das Präsidium des Polenklubs beim Ministerpräsidenten um mit ihm über die Landespostulate zu konferieren. Den Besprechungen wohnte auch Minister Ritter v. Salecki bei. Vorher war das Präsidium des Polenklubs zu einer längeren internen Sitzung veranlaßt.

### Partei- und Ausschußberatungen.

Der Verband der deutschnationalen Parteien tritt morgen Sonntag um 10 Uhr vormittags zu einer Vollversammlung zusammen, in der Obmann Professor Doktor Waldner über die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek und dem Minister des Aeußern Grafen Burian berichtet wird.

Am Montag tagen der Justiz- sowie der Finanzausschuß, am Dienstag beginnen der sozialpolitische, der Ernährungssowie der Flüchtlingsausschuß ihre Beratungen.

Die Obmannkonferenz ist für Montag, 5 Uhr nachmittags, einberufen.